

Die 'Freiheit' erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Druckpreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direktem Postweg ohne Bestellgebühr monatlich 2,50 M., bei Zustellung unter Streifenpost 4,50 M. Die 'Freiheit' ist in den ersten Nachtrag der Postwertungsliste für 1919 eingetragen. Redaktion: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Verleger: Kurt Rodde 2505 und 2506.

Inhalte lesen bis achtgehabt. Kompartimente oder deren Raum 50 Pf., kleine Anzeigen das fertige Wort 40 Pf., jedes weitere Wort 20 Pf., Leerungsgebühr 50 Pf., bei Familien- und Veranlassungsanzeigen fällt der Zuschlag fort. Inserate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition abgegeben sein. Expedition: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19. Verleger: Kurt Rodde 2505.

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Vorbereitungen der Gegenrevolution.

Defämpfung des deutschen Militarismus.

Amsterdam, 22. April. Nach einer Mitteilung des 'Telegraph' aus Paris beschloß der Rat der Völkern, in die Friedenspräliminarien einen Artikel aufzunehmen, der Deutschland Entsendung militärischer Missionen nach dem Ausland verbietet und den Deutschen untersagt, in ausländischen Armeen Dienste zu nehmen.

Neue Diplomatenpläne.

Paris, 21. April. (Reuter.) Der Rat der Völkern - nämlich Wilson, Lloyd George, Clemenceau, Orlando, Sonnino, Balfour, Piönon und Lansing - bezieht über die Frage Dalmatiens. Es wurde keine Lösung erzielt. Wie in französischen Kreisen verlautet, macht der Plan eines selbstständigen Bündnisses zwischen Großbritannien, Frankreich und den Vereinigten Staaten Fortschritte. Dieses Bündnis ist nur für die Abwehrgegend anwendbar und stellt eine sofortige militärische Aktion zu Lande und zu Wasser vor im Falle, daß Deutschland den Friedensvertrag in bezug auf die entmilitarisierte Zone nördlich des Rheins bricht.

Unruhen in Hamburg.

In Hamburg ist es während der Osterfeiertage zu mehreren Ausschreitungen gekommen. In Sankt-Pauli und im Altonaer Hafenviertel haben blindernde mehrerer Polizeiwachen zerstört. Dabei kam es zu Kämpfen mit den Polizei- und Sicherheitsmannschaften. Es gab auf beiden Seiten Tote und Verwundete. Viele Straßenpassanten sollen ausgeplündert worden sein. Da die Unruhen fort dauern, hat Hamburg um die Abwendung von Regierungskruppen gebeten. Die Truppen sind bereits unterwegs.

Die Lage in Bayern.

Das Gerücht über den Sturz der Münchener Regierung durch die Garnison hat sich nicht bestätigt. Aus München liegen keinerlei Nachrichten vor, da die Stadt nach allen Seiten hin abgeriegelt ist. Reisende werden nicht mehr herausgelassen. Am Ostermontag kam eine Abordnung von 4 Mann nach Bamberg, die mit der Regierung verhandeln wollte. Die zu der Abordnung gehörigen Genossen Simon, Meier und Dr. Kreuz wurden in Bamberg festgehalten. Die Regieruna Dossmann steht einer Vermittlungsaktion ablehnend gegenüber. In Regensburg hat sich die Arbeiterkassette noch nicht völlig beruhigt. Die Waffenabgabe ist noch nicht restlos erfolgt. Wie die 'V. D. R.' melden, soll die Abgabe mit Gewalt durchgesetzt werden.

Kongress der britischen sozialistischen Partei.

London, 22. April. (Reuter.) In Sheffield wurde der achte Jahreskongress der britischen sozialistischen Partei eröffnet. Es waren ungefähr 90 Delegierte anwesend. Dem Kongress wurde eine Entschließung vorgelegt, in der die Loslösung der Partei vom Internationalen Bureau und die Angliederung an die dritte Internationale in Moskau vorgeschlagen wurde. Ein Verbesserungsvorschlag, daß darüber eine Abstimmung unter den Parteimitgliedern abgehalten werden sollte, wurde mit großer Mehrheit abgelehnt.

Die Streiklage im Ruhrrevier.

Am den Osterfeiertagen fanden im Ruhrrevier zahlreiche Belegschaftsversammlungen von streikenden Bergarbeitern statt, die zu dem Dortmund-Beschluß Stellung nahmen. In mehreren Versammlungen wurde beschlossen, die Arbeit heute wieder aufzunehmen, da ein weiteres Verharren im Streik angesichts der Jugendländnisse der Regierung nutzlos erscheint. In anderen Versammlungen wurde die endgültige Entscheidung auf heute verschoben. Nur wenige Belegschaftsversammlungen beschloßen, weiter zu streiken. Die Zahl der Streikenden betrug in der Dienstag-Vollversammlung 32 000 gegen 100 334 am Sonnabend.

Die Lage in Oberschlesien.

Aus Breslau wird den P. A. R. gemeldet: Die Lage in Oberschlesien ist äußerst gespannt, weil die Arbeiter darauf bestehen, daß sämtliche Direktoren abgesetzt werden. Die Entscheidung dieser Angelegenheit wird heute oder morgen fallen. Das Schiedsgericht, das vom Staatskommissar eingesetzt ist, tritt heute abend zusammen. Es wird von einem unparteiischen Rechtsanwält geleitet. Welche Parteien haben zugesagt, sich dem Schiedsgericht unterwerfen zu wollen. In den Osterfeiertagen ist es verschiedentlich zu kleineren Unruhen gekommen. - Der Staatskommissar für Oberschlesien hat bei der Regierung die Aufhebung des Belagerungszustandes für einen Teil der ober-schlesischen Kreise beantragt.

Die Magdeburger 'Verschwörung'.

Genosse Brandes sprach am vorigen Mittwoch in einer Kreisversammlung in Magdeburg über die Vorgänge, die zu seiner Verhaftung führten. Aus seinen Ausführungen ging hervor, was die Magdeburger Rechtssozialisten sich für eine ungeheure Provokation leisten. In der betragsreichen Soldatenkassierung in Magdeburg, in der die 'Verschwörerpläne' geschmiedet worden sein sollten, waren 10 Rechtssozialisten und 4 Unabhängige beteiligt. Die Debatte, die sich gegen die Bewandigung der Offiziere richtete, wurde fast ausschließlich von rechtssozialistischen Vertretern geführt. Sie erhoben gegen die Regierung die mittheilen Anklagen, ganz besonders hat sich dabei der Oberpostenmeister Weidmann hervorgetan, der am anderen Tage zum Verurtheilt wurde.

Er fuhr mit dem Parteisekretär Weims und zwei Vorstandsmitgliedern der rechtssozialistischen Partei, Pöhlhorn und Baez, zu Kasse. Dort wurde im Beisein des Ministers Landberg die 'Abwehraktion' beraten. Die bevorstehende Verhaftung des Genossen Brandes, der in der Soldatenkassierung den Vorstoß führte, nahmen die Rechtssozialisten bereits als feststehende Tatsache mit nach Magdeburg. Noch bevor Genosse Brandes festgenommen war, agitierten die rechtssozialistischen Führer schon gegen den Generalstreik, den sie als Protest gegen die Verhaftung erwarteten. Sie wollten Brandes unter allen Umständen befreien.

Genosse Brandes wies es einwandfrei nach, daß die Magdeburger Rechtssozialisten absichtlich mit Verleumdungen gearbeitet haben, um die ihnen unbekannt Opposition der Unabhängigen in Magdeburg zu unterbinden. Eine Anzahl Tote, diese Verwundete waren die Folge. Aber ihr Streich, der das Böse wollte, hat nur Gutes geschafften. Die Magdeburger Arbeiter stehen heute in einer schärferen Opposition denn je zur Regierung.

Fertige Pläne.

Die Organisation des Bürgerstreiks. Die Einwohnerwehren. Aushungerung der Arbeiterkassette. Die Arbeit der Gegenrevolutionäre geht unaufhaltsam und intensiv unter Duldung der Regierung vorwärts. Ihren festen Rückhalt bildet der neue Militarismus, den die Regierung aufgerichtet hat und der heute nichts anderes darstellt, als die bewaffnete Macht aller gegenrevolutionären monarchistischen, militaristischen und nationalistischen Schichten. Das Auslösesprinzip der Freiwilligenkorps sorgt ja dafür, daß die neue Armee ein unbedingt zuverlässiges Werkzeug in den Händen der Reaktion wird. Ausdrücklich wenden sich die Werbeaufträge an die früheren Offiziere, Kadetten, Einjährige, Kapitulanten, Studenten und Gymnasialisten, und suchen die Arbeiter möglichst auszuschalten. Führer sind ausschließlich Offiziere der alten Befinnung und ihre Kommandogewalt ist uneingeschränkt wieder hergestellt.

Fertige Pläne.

Die Arbeit der Gegenrevolutionäre geht unaufhaltsam und intensiv unter Duldung der Regierung vorwärts. Ihren festen Rückhalt bildet der neue Militarismus, den die Regierung aufgerichtet hat und der heute nichts anderes darstellt, als die bewaffnete Macht aller gegenrevolutionären monarchistischen, militaristischen und nationalistischen Schichten. Das Auslösesprinzip der Freiwilligenkorps sorgt ja dafür, daß die neue Armee ein unbedingt zuverlässiges Werkzeug in den Händen der Reaktion wird. Ausdrücklich wenden sich die Werbeaufträge an die früheren Offiziere, Kadetten, Einjährige, Kapitulanten, Studenten und Gymnasialisten, und suchen die Arbeiter möglichst auszuschalten. Führer sind ausschließlich Offiziere der alten Befinnung und ihre Kommandogewalt ist uneingeschränkt wieder hergestellt.

Ihr zweite Ergänzung findet die militärische Organisation der Gegenrevolution in den Bürgertruppen. Vor uns liegen wieder eine Anzahl von vertraulichen Dokumenten, die in das Kreieren des Bürgertruppen von Groß-Berlin helles Licht werfen. So heißt es in einem der Zirkulare, die an die verschiedenen bürgerlichen Verbände und Vereine verschickt werden:

Auf Veranlassung des Garde-Kavallerie-Schützenkorps wird die Bitte ausgesprochen, Ihre Mitglieder auf die Notwendigkeit zum Eintritt in die Einwohnerwehren der Groß-Berlins hinzuweisen zu wollen, die in 20 Bezirken für Berlin aufgestellt ist. Werbestellen sind aus dem Interzitatenteil der Tageszeitungen ersichtlich. Auch alle Persönlichkeiten, die durch einen evtl. erforderlich werdenden Bürgerstreik beschäftigungslos werden, gehören in den Tagen der Unruhen in die Einwohnerwehr. Damit aber die Truppe die hierfür erforderlichen Waffen und Ausrüstungsstücke bereit stellen kann, ist es notwendig, daß die Anmeldung für einen evtl. Eintritt sofort erfolgt.

Eine in Berlin erst 50 000-60 000 wehrfähige Männer aufgestellt - eine Zahl, die nach Ansicht des Garde-Kavallerie-Schützenkorps leicht erreichbar ist - dann stellt die Wehr eine Macht dar, an die Spontaneität nicht zu rühren wagen wird; dann wird die welche Armbünde der Einwohnerwehr ein viel begehrtes Abzeichen sein.

Die Mitglieder der Einwohnerwehr Groß-Berlins sind beim militärischen Aufgobot gegen Unfall und Todesfall durch die Versorgungsstelle des Kriegsministeriums versichert. Im Falle polizeilicher Einberufung sind entsprechende Maßnahmen noch in der Schwabe.

Der geschäftsführende Ausschuss geg. März. In einem anderen Schreiben heißt es: Die teilten Ihnen hierdurch mit, daß die Organisation des Bürgerstreiks durch den Bürgererrat von Groß-Berlin nunmehr durchgeführt ist. Wir erwarten, daß auch Ihr Verband im Interesse des gesamten Bürgertruppen sich dem Bürgerstreik anschließt, wenn der Bürgererrat auf Grund des ihm erteilten Mandats als letztes Abwehrmittel gegen den Mabilismus zum Bürgerstreik aufrufen wird. In diesem Falle wird Ihnen entsprechende Benachrichtigung durch Telegramm oder Brief mit einem Ihrem Vertrauensmann mitgeteilten Stichwort zugehen. Wir bitten Sie, uns umgehend unter dem Stichwort: 'Bürgerstreik' vertraulich die Nachricht zukommen zu lassen, ob Sie in äußerster Halle sich dem Streik anschließen werden und uns als Vertrauensmann eine Persönlichkeit unter Angabe der genauen Privat- und Telefonadresse namhaft zu machen. Wir werden dann sämtliche Schriftstücke betreffs des Streiks nur dieser Adresse zugehen lassen.

Sehr interessant sind auch die streng vertraulichen Richtlinien der Organisation zur Organisierung des Bürgerstreiks:

